

Wo bleibt das Bekenntnis zu einer integrierten Stadtentwicklungspolitik?



Peter Rohland

Was ist auf dem Politikfeld Stadtentwicklung von der neuen Bundesregierung zu erwarten? Bevor der Blick in den Koalitionsvertrag uns hierüber Auskunft geben soll, ist ein Blick zurück in die letzte Legislaturperiode angezeigt.

Das Jahr 2007 war für die nationale und europäische Stadtentwicklungspolitik ein „Meilenstein“. Die Bundesregierung hat die Gelegen-

heit ihrer Ratspräsidentschaft genutzt und mit dem in der Leipzig-Charta entwickelten Leitbild der integrierten Stadtentwicklungspolitik neue Maßstäbe in diesem Politikfeld gesetzt. Aufgegriffen wurde damit die auf nationaler und europäischer Ebene von allen Akteuren gestellte Forderung nach einem integrativen Vorgehen in der Stadtentwicklung. Dieses Vorgehen wird – trotz mancher Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten – als eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik angesehen.

In der Charta wurde die integrierte Stadtentwicklungspolitik definiert als „eine gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen. Integrierte Stadtentwicklungspolitik ist ein Prozess. In diesem Prozess findet die Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht statt. Die Einbeziehung der wirtschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit ist hierfür unabdingbar.“

Vor diesem Hintergrund hatten die für die Stadtentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, das Instrument der integrierten Stadtentwicklung voranzubringen und die Governance-Strukturen für deren Umsetzung zu unterstützen. Als Instrumente zur Beförderung dieses Ansatzes wird im Schwerpunkt auf eine soziale Wohnraumpolitik, die Einbeziehung der Bewohner in ihre Quartiersentwicklung, städtebauliche Aufwertungsstrategien, gebietsbezogene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie eine aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik gesetzt. Mit der integrierten Stadtentwicklungsplanung hat die Leipzig-Charta ein Instrument geschaffen, das einen Beitrag zum Abbau der „bipolaren Realitäten“ in den Städten führen kann, nämlich der Stadt als wirtschaftlicher Wachstumsmotor einerseits und der Stadt als Kulminationspunkt sozialer Disparitäten andererseits.

Die Leipzig-Charta wurde bekanntlich offensiv vom Bundestag aufgenommen und zugleich mit der Forderung verknüpft, die integrierte Stadtentwicklung weiter auszubauen, vor allem in den Handlungsfeldern Klimaschutz, sozialer Zusammenhalt, Integration und Demografie (BT-Drucksache 16/11414). Hierbei wurde insbesondere die Notwendigkeit eines Mehr an horizontaler und vertikaler Koordination der Akteure hervorgehoben. Horizontale Kooperation meint die Kooperation mit den betreffenden Fachressorts auf Bundesebene, die vertikale Kooperation richtet sich auf den Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Was finden wir als Antwort auf diese Vorgaben im Koalitionsvertrag wieder? Es wird sich zwar im Koalitionsvertrag „angesichts der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land“ zu den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik bekannt. Aussagen zur Umsetzung des integrativen Ansatzes fehlen indes auf der ganzen Linie. Auch wenn Aussagen zu einem Mehr an vertikaler Koordination nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik im Koalitionsvertrag nicht unbedingt erwartet werden können, überrascht es doch, dass Vorstellungen über die Integration unterschiedlicher Politikbereiche fehlen. Denn angesichts der fragmentierten Landschaft von Themen, Finanzierungen und Zuständigkeiten ist die Integration unterschiedlicher Politikbereiche zu einem konstitutiven Element der nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik geworden. Auf diesem Feld muss der Bund Impulse setzen, soll die integrative Stadtentwicklung vor Ort – also bei den Städten – eine Erfolgsgeschichte werden.

Peter Rohland,
Vorstand des vhw e.V.